

## **EU-Entwicklungsjahr (EYD) 2015**

### **„Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“**

#### ***Das Ziel fordert einen gemeinsamen Weg***

Für uns Normalbürgerinnen und -bürger wird es nicht einfacher. Die „heile Welt“ gibt es nicht, die „Eine Welt“ ist überall: im Ausland, im Inland, in der Heimat und im Alltag. Wir können die Augen zwar verschließen, aber die Ohren bleiben immer auf Empfang. Ob wir wollen oder nicht, ob wir verstehen oder nicht, ob wir Interesse haben oder nicht: **„no way out“!** Ein Nachteil entsteht aber nur, wenn der Weg nicht frei gemacht wurde, Zusammenhänge erkennen zu können oder zu wollen.

Der demokratische Staat lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich einmischen und die Parlamente zwischen den Wahltagen durch kritisches Engagement begleiten und befragen. Voraussetzung ist allerdings ein Mindestmaß an politischem Interesse und Verantwortung. Gleichzeitig hat der Staat den Rahmen für eine kritische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu garantieren. Heutzutage gilt: Ohne Einbeziehung und strategische Kommunikation (Bildung und Öffentlichkeitsarbeit), mit der Zivilgesellschaft, den Bürgerinnen und Bürgern und den Nichtregierungsorganisationen wird es nicht gelingen, die parlamentarische Demokratie in Verantwortung für die „Eine Welt“ zu gestalten. Nächstes Jahr startet ein neuer Großversuch, uns alle für ein besseres Verständnis internationaler Zusammenhänge zu gewinnen. Denn wir interessieren uns tatsächlich nicht ausreichend für internationale Themen, nicht wissend oder wissend ignorierend, dass das Ausland nicht nur Urlaubsziele zu unserer Entspannung bereithält. Die gegenwärtigen Krisen- und Kriegsgebiete in der Welt sind nicht nur Regionalkonflikte, sondern oft Ergebnisse internationaler Fehlentwicklungen. „Entspannung“ hier ist deswegen kein Synonym für persönliches Wohlergehen, sondern die Überlebensfrage an uns alle.

#### ***Ehrlich währt am längsten...***

Seit der „Club of Rome“ in den 70igern des letzten Jahrhunderts die „Grenzen des Wachstums“ auf die politische Tagesordnung gesetzt hatte sind über 40 Jahre vergangen. Die Botschaft in Kurzform: In einer Welt mit begrenzten Ressourcen kann kein grenzenloses

Wachstum auf Dauer Zukunft haben. Aber statt den Kern dieser Botschaft zu erkennen wurden einzelne Berechnungszahlen diskutiert und im Ergebnis der Blick auf die Gesamtbotschaft vorsätzlich oder aus Dummheit vernebelt.

Aber inzwischen sickert nicht nur so manche Müll-Lagerstätte durch, sondern auch die Erkenntnis, dass die bisher erfolgreichste Spezies auf dem Planeten viele Probleme zusätzlich erfindet und produziert, die die eigene Zukunft in Frage stellen könnte. Wir brauchen eine faktenorientierte Auseinandersetzung in der Politik dazu und vor allem dringend - über die politischen Gremien weit hinaus - einen öffentlichen (Wett-) Streit der Gesellschaften zu den wichtigen Menschheitsfragen: Ernährung, Bevölkerungswachstum, Wert(er)haltungen, Ressourcenmanagement, etc. Die entscheidende Frage: Wie ehrlich wollen wir zu uns selbst sein, die Diskussion tatsächlich durchzutragen und neue Einsichten im Alltag umzusetzen?

***...und jeder fange bei sich an...***

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) führt aktuell bis November 2014 einen Dialogprozess zu einer sogen. Zukunftscharta. Ziel ist es, angesichts der in 2015 komprimiert anstehenden internationalen Konferenzen zu Klimafolgen, Entwicklungszielen, Nachhaltiger Entwicklung, etc. eine gemeinsame Identifikationsbasis und partnerschaftliche Zusammenarbeit der Stakeholder (staatl. Akteure, Nichtregierungsorganisationen, Verbände, Stiftungen, Kirchen, etc.) innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit ihnen zu erarbeiten. Inhalte, Verbindlichkeit und Repräsentativität wird von der Qualität des partizipativen Prozesses abhängen, den der Staat mit nichtstaatlichen Akteuren und insbesondere der Zivilgesellschaft in der Phase der Erarbeitung und späterer Umsetzung ernsthaft und transparent beginnen muss. Schließlich eine neue Kultur zu begründen, die es als notwendig und nützlich versteht, das „EYD 2015“ als erste konkrete und praxisbezogene Chance in Deutschland zu sehen, den „Geist der Charta“ umzusetzen. In jedem Fall muss die Zukunftscharta als ein integraler Bestandteil der Vorbereitungen und einer weitergehenden Kooperation in den Folgejahren gesehen werden.

Das „EU-Entwicklungsjahr 2015“ selbst wird eine breit angelegte Kommunikationsmaßnahme zu allen Facetten der Entwicklungspolitik und Nachhaltigen Entwicklung der EU und ihrer Mitgliedstaaten werden. Es sollen die Querverbindungen zwischen regionaler und internationaler Politik im Zentrum stehen und den Bürgerinnen und Bürgern erklärt werden. Gleichzeitig sollte es auch die notwendige gesellschaftliche Debatte zum internationalen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland voranbringen. Dazu

gehört sicherlich auch die begonnene Diskussion zur zukünftigen Rolle Deutschland in der internationalen Sicherheitspolitik. Die Debatte zur intelligenten Auswahl geeigneter Inhalte ist wiederum eine Aufgabe für alle gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen. Es wird darauf ankommen, die jeweils passgenauen Kommunikationsformate mit den möglichen und schon jetzt absehbaren „Anlässen“ zielgruppenspezifisch anzubieten.

Im September 2013 hatte der Deutsche Bundesrat bereits zum Vorschlag der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament und den Europäischen Rat zur Durchführung eines EYD in 2015 in einem Beschluss vom September 2013 Stellung genommen.

*Dessen Kernpunkte sind:*

- *Betonung zur inhaltlichen Ausrichtung auf die Themen der Nachhaltigen Entwicklung, Partizipation, Kohärenz der EU-Außenpolitik, Verbesserung der entwicklungspolitischen Kommunikation*
- *Erfordernis, eine (selbst-) kritische Reflexion der Wirkungen von EU-Politik (Global Player mit ambivalenten Wirkungen auf Weltwirtschafts- und Finanzpolitik) in den Focus zu stellen*
- *bürgernahe und dezentrale Formate der Kommunikationsmaßnahmen*
- *die Übernahme eigener Länderverantwortung im Themenjahr der EU*

Kurz: Das Jahr wird als ausgezeichnete Gelegenheit gesehen, die aktuelle Ausrichtung der EU-(Entwicklungs- und Außen-)Politik selbstkritisch unter die Lupe zu nehmen und darüber zu streiten, was die EU als globaler Akteur zur Nachhaltigen Entwicklung beitragen kann und muss.

Das Themenspektrum ist anspruchsvoll und in 2015 auch in geballter Form auf der internationalen Agenda:

2015 ist das letzte Jahr für die Verwirklichung der auf UN-Ebene vereinbarten Millenniumsentwicklungsziele. Ein durchschlagender Erfolg darf schon jetzt bezweifelt werden. Deswegen ist 2015 auch das Jahr, in dem auf internationaler Ebene eine Entscheidung darüber getroffen werden muss, wie und welche Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele zukünftig angestrebt bzw. endlich umgesetzt werden sollen. Allein dieses Thema setzt eine Reflektion über Außen-, Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitik, Asyl, Migration, Integration, etc. mit Fehleranalyse und Vorschlägen für die Zukunft voraus.

Die Europäische Kommission reagierte im Februar 2014 mit einer im Kern zustimmenden und unterstützenden Stellungnahme auf den Bundesratsbeschluss. Sie beabsichtigt, die EU als Akteur wieder mehr in das Zentrum der Kommunikation zu stellen.

Im Februar 2014 wurde eine Fachkonferenz der Bundesländer mit der „Stiftung Entwicklung und Frieden“ in Potsdam zum Thema „Europäisches Jahr der Entwicklung 2015 - Die Perspektive der Länder“ durchgeführt. Schon die Resonanz der teilnehmenden Stakeholder und Referenten zeigte, dass das EU-Entwicklungsjahr 2015 (damals) noch vor der offiziellen Verabschiedung durch das Europäische Parlament und den Rat auf großes Interesse traf. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Dt. Länder, Bundesebene, EU-Ebene, NRO`s) waren sich bewusst, dass schon in der Vorbereitung des Jahres eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit erforderlich ist.

Man war sich einig über Chance und Herausforderung des EU-Entwicklungsjahres, entwicklungspolitische Themen und EU-Politiken (Nachhaltige Entwicklung, UN-Ziele, Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Sicherheitspolitik, Asyl, Migration, Integration etc.) im Rahmen einer übergreifenden und gemeinsamen Kommunikationsinitiative (Öffentlichkeitsarbeit, Information und Bildung) zusammen zu denken und durchzuführen.

Bislang fehlt es noch an einer überzeugenden gemeinsamen und öffentlich wirksamen Initiative der Stakeholder in Deutschland. Ein erster Schritt des BMZ war die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe aus staatl. Akteuren, Nichtregierungsorganisationen, Verbänden, Stiftungen, den Kirchen, etc. im Juni 2014. Im Ergebnis soll an einem gemeinsamen Maßnahme- und Veranstaltungskatalog zur Vorlage an die Europäische Kommission (September 2014) gearbeitet werden. Immerhin ein erster Schritt, der die zukünftigen Projektpartner zunächst in der Planung von Veranstaltungen einander näher bringen kann. Darüber hinaus gilt es, die inhaltliche Auseinandersetzung jetzt voranzutreiben. Eine entsprechende Initiative aus der Zivilgesellschaft wäre sicherlich hilfreich als Startschuss und zur Entwicklung der Streitkultur auch im administrierten Politikbetrieb.

Die deutschen Länder haben inzwischen die Bundesratsstellungnahme durch weitere Beschlüsse (Ministerpräsidenten- und die Europaministerkonferenz) weiter untersetzt und ihre Planungen vorangetrieben. Allerdings müssen auch hier nach den Willensbekundungen weitere konkrete Taten in der Umsetzung des EYD folgen.

***...und nach Jahrzehnten der reifenden Erkenntnis: endlich umsetzen!***

Die entwicklungspolitische und europapolitische Kommunikation werden künftig gemeinsame Wege gehen müssen, damit sichtbar wird, dass das Internationale Bestandteil (nolens volens) des Privaten im Alltagsleben ist. Das EU-Entwicklungsjahr ist für die bisher unterschiedlich aufgestellten Stakeholder der Lackmustest, der dem notwendigen gesellschaftlichen Dialogprozess „Drive“ geben kann und der Politik inklusive ihrer Verwaltungen „auf die Sprünge“ hilft. Dafür müssen Staat, Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Verbände, Kirchen, interessierte Einzelbürger, etc. viel besser und mehr als bisher zusammenarbeiten. Eine effizientere und völlig neuartige Koordinierung zwischen allen beteiligten Partnern auf der Ebene der EU und auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ist sowohl für ein erfolgreiches EU-Entwicklungsjahr, als auch für die noch wichtigere dauerhafte Kooperation über das Themenjahr hinaus die entscheidende Voraussetzung. Hier geht es letztendlich auch um das Friedensprojekt der europäischen Integration und dessen Verankerung in der Bevölkerung.

Weiter müssen in der entwicklungspolitischen und europapolitischen Kommunikation künftig kohärente Erklärungsmuster im Dialog mit Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden, um dauerhaft das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit der Politik der EU und der Politiken der Mitgliedstaaten zu begründen. Die möglichen Unterschiede in der jeweiligen Auffassung gilt es herauszustellen und nicht zu übertünchen. Das EU-Entwicklungsjahr ist für die notwendige gemeinsame Kommunikation der bisher unterschiedlich aufgestellten Stakeholder der erste Testfall, ob und wie diese ambitionierte Mediation im Sinn des „EYD 2015 - Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ gelingen kann.

**Deswegen: Schluss mit getrennter Europa- und Entwicklungspolitik. Wir sollten die Gemeinsamkeiten der Politikfelder erkennen, die bisherigen Widersprüche und Fehler in der Praxis beseitigen, Bürgerbeteiligung sichern und herauszufordern**

**und endlich eine Politik der „Nachhaltigen Entwicklung“ vorantreiben.**

*Die Inhalte des Gastbeitrages geben die persönliche Auffassung des Autors wider.*

**Autor**

**Detlev Groß** ist gegenwärtig Mitarbeiter in der Landesverwaltung Brandenburg zum Thema Entwicklungspolitik. Zuvor hat er in den Bereichen Transatlantische Beziehungen, Politiken der Europäischen Union und bilaterale Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten, als Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten, Referent im Auswärtigen Amt (Europapolitische Kommunikation im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft) gearbeitet. Er ist z.Zt. der Vertreter der Deutschen Länder in der EU-Ratsgruppe „Entwicklungskooperation“, in den Koordinierungskreisen des BMZ zum EYD 2015 und der Zukunftscharta.

**Kontakt:** [Detlev.Gross@MWE.Brandenburg.de](mailto:Detlev.Gross@MWE.Brandenburg.de)

**Weitere Informationen** zur Entwicklungspolitik der Deutschen Länder inkl. der erwähnten Beschlusslagen unter: [www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de](http://www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de)